

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
Einleitung .....	1
Kapitel 1: Maßstäbe der Integration – Eine Frage der Perspektive ..	9
<i>A. Die rechtliche Erfassung der europäischen Integration         als gemeinsame Grundlage .....</i>	10
<i>B. Der Zugang von EuGH und BVerfG zur europäischen Integration         über den Anwendungsvorrang .....</i>	45
<i>C. Integrationsmaßstäbe als Zentrum der gerichtlichen Kooperation ....</i>	83
<i>D. Zwischenergebnis .....</i>	89
Kapitel 2: Der fehlende Konflikt bei der Änderung des Primärrechts – Eine Frage des Maßstabs? .....	91
<i>A. Zurückhaltende Maßstäbe im Unionsrecht .....</i>	92
<i>B. Umfassende verfassungsgerichtliche Vorgaben an das         Zustimmungsgesetz .....</i>	115
<i>C. Verbleibendes Konfliktpotenzial .....</i>	156
<i>D. Zwischenergebnis .....</i>	162
Kapitel 3: Grundrechtliche Maßstäbe der Integration von EuGH und BVerfG .....	165
<i>A. Zur eingeschränkten Bedeutung nationaler Grundrechtsmaßstäbe         im EU-Recht .....</i>	166
<i>B. Nationale Grundrechte als grundgesetzlicher Maßstab der Integration</i>	181

C. <i>Zwischenergebnis und Ausblick: Von der mittelbaren zur unmittelbaren Kooperation</i> .....	200
<b>Kapitel 4: Identität als Integrationsmaßstab?</b> .....	217
A. <i>Nationale Identität als unionsrechtlicher Maßstab</i> .....	218
B. <i>Die Kontrolle der Verfassungsidentität durch das BVerfG</i> .....	247
C. <i>Ausblick: Die weitere Ausgestaltung des Identitätsschutzes</i> .....	282
<b>Kapitel 5: Quis iudicabit de quo? – Die gerichtliche Entscheidung über die Maßstäbe der Integration</b> ..	285
A. <i>Unionsrechtliche Perspektive: Die Kontrolle des EU-Rechts durch den EuGH</i> .....	287
B. <i>Verfassungsrechtliche Perspektive: Die Ultra-vires-Kontrolle des BVerfG</i> .....	329
C. <i>Zwischenfazit</i> .....	402
<b>Schlussbetrachtung und Ausblick: Die Grundzüge einer umfassenden maßstabsorientierten Kooperation zwischen BVerfG und EuGH</b> .....	405
Literaturverzeichnis .....	417
Sachverzeichnis .....	475

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
Einleitung .....	1
<b>Kapitel 1: Maßstäbe der Integration – Eine Frage der Perspektive ..</b>	<b>9</b>
<i>A. Die rechtliche Erfassung der europäischen Integration als gemeinsame Grundlage .....</i>	<i>10</i>
<b>I. Dimensionen der Integration und ihr Einfluss auf das Primärrecht .....</b>	<b>11</b>
1. Integration als ambivalenter und kontextabhängiger Begriff. ....	11
2. Die europäische Integration als politisches Phänomen .....	13
a) Der politikwissenschaftliche Zugang zur europäischen Integration ..	14
b) Die dynamische Entwicklung der EU in Theorie und Praxis .....	15
c) Ein integrationstheoretisches Gesamtbild und seine Bedeutung für das EU-Primärrecht .....	22
3. Das Wechselspiel von Politik und Recht im Rahmen der wirtschaftlichen Integration .....	25
a) Die wirtschaftliche Integration im Binnenmarkt der EU .....	25
b) Das spannungsgeladene Verhältnis der Integrationsmethoden .....	27
c) Die Frage nach den Grenzen der wirtschaftlichen Integration .....	31
<b>II. Die europäische Integration und das Recht .....</b>	<b>34</b>
1. Integration als rechtlicher Vorgang .....	34
2. Die „Integration durch Recht“ .....	38
3. Ein rechtlicher Rahmen ohne vorgegebenes Integrationsverständnis ...	41
<b>III. Die Abhängigkeit des Integrationsverständnisses vom jeweiligen Maßstab</b>	<b>44</b>
<i>B. Der Zugang von EuGH und BVerfG zur europäischen Integration über den Anwendungsvorrang .....</i>	<i>45</i>
<b>I. Die Perspektive des EuGH auf den Anwendungsvorrang .....</b>	<b>46</b>
1. Die Rechtsprechung des EuGH zum Anwendungsvorrang .....	46
a) Die Rechtssache <i>Humblet</i> .....	47
b) Die Rechtssache <i>van Gend &amp; Loos</i> .....	48

c) Die Rechtssache <i>Costa/E.N.E.L.</i> .....	50
d) Die Rechtssachen <i>Walt Wilhelm</i> und <i>Internationale     Handelsgesellschaft</i> .....	54
e) Die Rechtssachen <i>Simmenthal II</i> und <i>IN.CO.GE'90</i> .....	55
2. Absoluter Anwendungsvorrang ohne Einfluss des Verfassungsrechts. . .	57
II. Der Anwendungsvorrang aus Sicht des BVerfG .....	58
1. Der Anwendungsvorrang als verfassungsrechtlich abgeleitetes Institut	59
a) Die <i>EWG-Recht-Entscheidung</i> .....	59
b) Die Entscheidungen <i>EWG-Verordnungen</i> und <i>Milchpulver</i> .....	60
c) Die Entscheidungen <i>Solange I</i> , <i>Solange II</i> und <i>Kloppenburg</i> .....	61
d) Die Entscheidungen seit Einführung des Art. 23 GG n. F. ....	63
2. Umfassende Kontrolle von Unionsrecht durch das BVerfG .....	64
III. Zum Umgang mit den unterschiedlichen Zugängen von EuGH und BVerfG .....	66
1. Das Verhältnis der beiden Zugänge .....	67
2. Kooperation und gegenseitige Rücksichtnahme von EuGH und BVerfG	70
a) Möglichkeiten und Grenzen der gerichtlichen Kooperation. ....	70
b) Selbstbeschränkung und gegenseitige Rücksichtnahme .....	74
3. (K)ein juristisch unlösbarer Dissens .....	77
IV. Die Notwendigkeit eines gleichberechtigten und maßstabsorientierten Austauschs .....	80
<i>C. Integrationsmaßstäbe als Zentrum der gerichtlichen Kooperation</i> ....	83
I. Rechtliche Maßstäbe der Integration .....	83
1. Kompetenzgrenzen als Maßstab und der Unterschied von „rechtlichem Können“ und „rechtlichem Dürfen“ .....	83
2. Die relevanten Maßstäbe des Rechts der Integration. ....	85
II. Rechtliche Integrationsgrenzen im Kontext .....	87
<i>D. Zwischenergebnis</i> .....	89

## Kapitel 2: Der fehlende Konflikt bei der Änderung des Primärrechts – Eine Frage des Maßstabs? .....

<i>A. Zurückhaltende Maßstäbe im Unionsrecht</i> .....	92
I. Unionsrechtliche Verfahren zur Kompetenzübertragung .....	93
1. Verfahrensrechtliche Anforderungen .....	93
a) Art. 48 EUV als zentrale Norm .....	93
b) Unterschiede zum allgemeinen Völkerrecht .....	95
c) Unionsrechtliche Rechtsfolgen eines Verfahrensfehlers .....	97
2. Der zwingende Charakter des Verfahrens nach Art. 48 EUV. ....	99
a) Die Ergänzung des Primärrechts durch völkerrechtliche Verträge . .	100
b) Zur Stellung der Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ .....	102
3. Zwischenergebnis. ....	104

II. Zum Fehlen inhaltlicher Grenzen des Primärrechts . . . . .	105
III. Die begrenzte Zuständigkeit des EuGH . . . . .	110
IV. Geringes Konfliktpotenzial als Folge einer eingeschränkten Selbstbindung . . . . .	113
<i>B. Umfassende verfassungsgerichtliche Vorgaben an das Zustimmungsgesetz . . . . .</i>	<i>115</i>
I. Art. 23 Abs. 1 GG als verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt . . . . .	116
II. Abweichungen hinsichtlich der verfahrensrechtlichen Anforderungen an Primärrechtsänderungen . . . . .	119
III. Die inhaltlichen Maßstäbe des BVerfG . . . . .	126
1. Prozessuale Aspekte von Maastricht- und Lissabon-Urteil . . . . .	126
a) Der Einstieg über Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG . . . . .	127
b) Eine besondere politische und prozessuale Situation . . . . .	130
c) Zum Bezug von Zulässigkeit und Begründetheit . . . . .	133
2. Verfassungsrechtliche Anforderungen für die europäische Integration . . . . .	136
a) Anforderungen an die demokratische Legitimation der EU . . . . .	137
b) Bewahrung des Kerns der innerstaatlichen Demokratie . . . . .	141
aa) Schutz vor einer Kompetenzzentrierung des Bundestags . . . . .	141
bb) Konkretisierung im Bereich der Staatsstrukturprinzipien und der Haushaltsautonomie des Bundestags . . . . .	144
cc) Schutz vor einer „Entstaatlichung“ der Bundesrepublik . . . . .	147
c) Der Schutz der souveränen Staatlichkeit als eigentlicher Hintergrund . . . . .	150
3. Die „Herrschaft über die Verträge“ im Zentrum des gerichtlichen Integrationsverständnisses . . . . .	151
<i>C. Verbleibendes Konfliktpotenzial . . . . .</i>	<i>156</i>
I. Weitgehender Ausschluss eines unmittelbaren Konflikts . . . . .	156
II. Innerstaatliche und gesamteuropäische Wirkungen . . . . .	157
III. Vorprägung des Verhältnisses zum EuGH . . . . .	160
<i>D. Zwischenergebnis . . . . .</i>	<i>162</i>

### Kapitel 3: Grundrechtliche Maßstäbe der Integration

von EuGH und BVerfG . . . . .	165
<i>A. Zur eingeschränkten Bedeutung nationaler Grundrechtsmaßstäbe im EU-Recht . . . . .</i>	<i>166</i>
I. Die Etablierung eines europäischen Grundrechtsschutzes als eigenständiger Integrationsmaßstab . . . . .	167
II. Das Verhältnis von europäischen und nationalen Grundrechten als Frage des Integrationsmaßstabs . . . . .	170
1. Die Ausweitung des EU-Grundrechtsschutzes als Konflikt von einheitlicher Anwendung und zunehmender Unitarisierung . . . . .	170

2. Parallele Anwendung unionaler und nationaler Grundrechte nach Maßgabe des Unionsrechts . . . . .	172
3. Kritische Würdigung der jüngeren EuGH-Grundrechtsjudikatur . . . . .	176
4. Zwischenergebnis. . . . .	178
III. Möglichkeiten und Grenzen einer kooperativen Grundrechtsjudikatur aus unionsrechtlicher Perspektive . . . . .	180
<i>B. Nationale Grundrechte als grundgesetzlicher Maßstab der Integration</i>	181
I. Der ursprüngliche Solange-Vorbehalt des BVerfG . . . . .	182
1. Die Rechtsprechung des BVerfG . . . . .	182
2. Die Solange-Methode als Teil des Grundgesetzes. . . . .	185
3. Bedeutung für den Maßstab der Grundrechtskontrolle . . . . .	187
II. Zum Maßstabswechsel durch die grundrechtliche Identitätskontrolle . . . . .	189
1. Die Reaktion des BVerfG auf die Ausweitung des Anwendungsbereichs der EU-Grundrechtecharta . . . . .	189
2. Die unterschiedlichen Maßstäbe von grundrechtlicher Identitätskontrolle und Solange-Vorbehalt. . . . .	192
3. Auswirkungen des partiellen Maßstabswechsels auf die gerichtliche Kooperation . . . . .	198
<i>C. Zwischenergebnis und Ausblick: Von der mittelbaren zur     unmittelbaren Kooperation . . . . .</i>	200
I. Der europäische Grundrechtsschutz als Folge eines mittelbaren gerichtlichen Dialogs . . . . .	201
II. Prüfung der EU-Grundrechtecharta durch das BVerfG . . . . .	202
1. Die Beschlüsse <i>Recht auf Vergessen I und II</i> des BVerfG . . . . .	203
2. Erneuter Maßstabswechsel im Grundrechtsschutz . . . . .	207
3. Neuvermessung des Verhältnisses zum EuGH und zu den Fachgerichten im Bereich der Grundrechte . . . . .	212
III. Chancen und Risiken eines neu verstandenen Kooperationsverhältnisses	213
 Kapitel 4: Identität als Integrationsmaßstab? . . . . .	217
<i>A. Nationale Identität als unionsrechtlicher Maßstab . . . . .</i>	218
I. Inhalt und Bedeutung der nationalen Identität . . . . .	220
1. Der Begriff der „nationalen Identität“ und sein Verhältnis zur „Verfassungsidentität“ . . . . .	220
2. Die „Achtung“ der nationalen Identität durch die EU . . . . .	226
3. Das Verhältnis von nationaler Identität und Anwendungsvorrang . . . . .	232
4. Zwischenfazit: Die Ausgleichs- und Rahmenfunktion der nationalen Identität. . . . .	235
II. Der Umgang mit Art. 4 Abs. 2 S. 1 EUV als Rahmennorm . . . . .	236
1. Notwendigkeit einer kooperativen Herangehensweise . . . . .	236
2. Gerichtlicher Austausch mit komplementären Zuständigkeiten . . . . .	238

3. Nationale Identität zwischen inhaltlicher Annäherung und Ausdifferenzierung . . . . .	241
III. Möglichkeiten und Grenzen einer unionsrechtlichen Identitätskontrolle . .	244
<i>B. Die Kontrolle der Verfassungsidentität durch das BVerfG . . . . .</i>	<i>247</i>
I. Die sekundärrechtsbezogene Identitätskontrolle in der Rechtsprechung des BVerfG . . . . .	248
1. Etablierung und Ausgestaltung der Identitätskontrolle als sekundärrechtsbezogener Vorbehalt . . . . .	249
2. Die teilweise Vereinigung der Integrationsvorbehalte und ihr prozessualer Hintergrund. . . . .	251
3. Zur abnehmenden Bedeutung der Identitätskontrolle in der jüngeren Rechtsprechung. . . . .	255
II. Die unterschiedlichen Maßstäbe von Identitätskontrolle und Art. 4 Abs. 2 S. 1 EUV . . . . .	258
1. Identitätskontrolle als ein rein verfassungsrechtliches Konzept . . . . .	259
2. Zum Strategie- und Maßstabswechsel durch die Identitätskontrolle. . . . .	262
3. Verfassungsidentität als absolute Grenze im Einzelfall. . . . .	267
4. Zwischenfazit. . . . .	272
III. Möglichkeiten und Grenzen eines kooperativen Umgangs mit den Identitätskontrollen . . . . .	273
1. Die Identitätskontrolle und die Kooperation mit dem EuGH . . . . .	273
2. Inhaltliche Synchronisierung mit Art. 4 Abs. 2 S. 1 EUV . . . . .	276
3. Zwischenfazit: Abgestufte Identitätskontrolle zwischen Unions- und Verfassungsrecht . . . . .	279
<i>C. Ausblick: Die weitere Ausgestaltung des Identitätsschutzes . . . . .</i>	<i>282</i>

## Kapitel 5: Quis iudicabit *de quo*? –

### Die gerichtliche Entscheidung über die Maßstäbe der Integration . . 285

<i>A. Unionsrechtliche Perspektive: Die Kontrolle des EU-Rechts durch den EuGH . . . . .</i>	<i>287</i>
I. Die völkerrechtlichen Hintergründe des Ultra-vires-Gedankens . . . . .	287
II. Kompetenzüberschreitungen und ihre Kontrolle im Unionsrecht . . . . .	290
1. Die generelle Möglichkeit zur Kompetenzüberschreitung . . . . .	291
2. Das unionsrechtliche Auslegungs- und Verwerfungsmonopol des EuGH	294
3. Letztentscheidungsrecht ohne Einfluss der mitgliedstaatlichen Gerichte	299
a) Die auf das Unionsrecht beschränkte Kontrollkompetenz des EuGH	300
b) Zu den unionsrechtlichen Ausnahmen vom Anwendungsvorrang . . .	302
c) Die Rechtsprechung des EuGH zu „nichtexistenten Rechtsakten“ . .	303
4. Zwischenfazit. . . . .	307
III. Der EuGH zwischen Motor und Wächter der Integration . . . . .	308
1. Die vermeintlich ineffektive Kontrolle der Kompetenzmaßstäbe . . . . .	309

2. Zur Kritik an den Methoden und der Rechtsfortbildung des EuGH . . . . .	315
3. Die unionsrechtliche Verbindlichkeit von (Fehl-)Entscheidungen des EuGH . . . . .	318
IV. Unionsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen einer maßstabsorientierten Kooperation im Bereich der Kompetenzkontrolle . . .	325
<i>B. Verfassungsrechtliche Perspektive: Die Ultra-vires-Kontrolle des    BVerfG . . . . .</i>	329
I. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Ultra-vires-Kontrolle . . . . .	330
1. Die Ursprünge der Kompetenzkontrolle . . . . .	330
2. Etablierung der Ultra-vires-Kontrolle gegenüber Akten der EU . . . . .	334
3. Die weitere Ausgestaltung durch die Honeywell-Entscheidung . . . . .	341
4. Ausdifferenzierung und Anwendung der Ultra-vires-Kontrolle . . . . .	344
5. Ein in mehrfacher Hinsicht problematisches Konzept. . . . .	353
II. Rechtsgrundlage und Maßstab einer bundesverfassungsgerichtlichen Ultra-vires-Kontrolle . . . . .	359
1. Die fehlende Anerkennung des unionsrechtlichen Maßstabs . . . . .	361
2. Zur Vermischung von verfassungs- und völkerrechtlichen Grenzen in der jüngeren Rechtsprechung. . . . .	364
3. Die souveräne Anerkennung der unionsrechtlichen Letztentscheidung durch das deutsche Zustimmungsgesetz . . . . .	368
4. Die verfassungsrechtlichen Grenzen der unionsrechtlichen Letztentscheidungsbefugnis des EuGH . . . . .	375
5. Zwischenfazit. . . . .	381
III. Möglichkeiten und Grenzen einer maßstabsorientierten Kooperation im Bereich der Kompetenzen aus verfassungsrechtlicher Sicht . . . . .	382
1. Eine zurückhaltende und kooperative Ausübung der Ultra-vires-Kontrolle? . . . . .	382
2. Der „vergessene“ Maßstab des Art. 23 Abs. 1 S. 1 GG . . . . .	390
3. Das ungenutzte Potenzial eines Maßstabswechsels. . . . .	397
<i>C. Zwischenfazit . . . . .</i>	402
 Schlussbetrachtung und Ausblick: Die Grundzüge einer umfassenden maßstabsorientierten Kooperation zwischen BVerfG und EuGH . . . . .	405
 Literaturverzeichnis . . . . .	417
Sachverzeichnis . . . . .	475